

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen 10 Pfennig

Neue Beiträge:
Beamte und Angestellte im
Kampf um ihre Existenz

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Bellagen: Der rote Stern /
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 15. August 1931 Nummer 142

Brüning kündigt an:

Beseitigung der Lohnstarife und Beamtenrechte!

Dresden zahlt heute nur 1/4 Beamtengehalt!

Dresden, den 15. August.

Nachdem die letzte Reichsratsitzung die allgemeine Linie der neuen Maßnahmen gegen die Werkstätigen festlegte, wird heute schon der Kern neuer ungeheurer Pläne gegen die Arbeiter, Beamten und Angestellten bekannt. So sollen die Beamtengehälter weiter gesenkt und für die unteren und mittleren Beamten in nächster Zeit ihre Familien überhaupt aufgehoben werden. Das ganze Tarifrecht für Arbeiter und Angestellte soll beseitigt werden, wenn nicht im Wege der freien Vereinbarung, auf Grund des Art. 48 durch einfaches Notverordnungsgesetz. Dazu sind weitere Erhöhungen der Umsatz-, Kriebs- und anderen Massensteuern in Aussicht genommen. Die Sachverständigen der Reichsregierung haben ihre Arbeit aufgenommen und für die nächste Woche ist ein ganzer Berg neuer Notverordnungen angekündigt. Die Stadt Dresden markiert natürlich wieder an der Spitze und zahlt entgegen der ursprünglichen Bestimmungen heute nur ein weiteres Viertel der Beamtengehälter aus, während ein Teil der Angestellten noch nicht einmal das Zulagegehalt voll ausgezahlt erhielt.

In aller Klarheit und Deutlichkeit steht jetzt angeichts der beispiellosen Angriffe auf die elementarsten Existenzbedingungen der Werkstätigen vor allen Arbeitern, Angestellten und Beamten die Notwendigkeit, unter Führung der kommunistischen Partei eine einheitliche Volksfront zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit zu schmieden. Betriebe blockieren, Stempelstellen vor die Front! Der Angriff des Klassenfeindes trifft alle, er muß auch von allen beantwortet werden!

Liquidierung aller Rechte der unteren Beamten!

Die unter der demagogischen Losung „nationale Selbsthilfe“ stehenden neuen Maßnahmen zur Rettung des Großkapitals sehen in jeder Linie weitere Kürzung der Beamtengehälter vor. Das wird gelobt, für die „unteren Gehaltsstufen können weitere Kürzungen nicht in Frage“, die weiteren Mittelungen entlarren durch diese Kürzungen. So wird nämlich nicht mehr und nicht weniger angekündigt als die Vorbereitung des ungeheuerlichen Planes.

Den Beamten ihre Grundrechte überhaupt zu rauben durch einfache Verkürzung in das Angestelltenverhältnis. Nur die hohe Bürokratie, die in den „Hochstufungen des Staates“ die Kriegengehälter einleitet und die Wollen zu sommandieren hat, soll noch wie vor ihre Rechte behalten.

Den Herrschenden, die stets von „wohlverordneten Rechten“ der Beamten sprachen, die vorgeben, die besten Verteidiger des Volkswirtschaftens zu sein, werden jetzt im Interesse einiger Industriellen und Finanzjongleure alle „alten Manuskripte“ verbrennen. Die Vertreter des höchsten „Beamtenabnettes“ waren bei den Beratungen des Reichsrates anwesend und erhoben keine Einsprüche. Die Schicksal-Regierung ist einverstanden, daß dieser schicksalige Anschlag gegen die untere und mittlere Beamtenklasse Wirklichkeit wird. Die kommunistische Partei fordert für alle unteren und mittleren Beamten, für alle Arbeiter und Arbeiter die Sicherung ihrer Existenz und für das Weiter eine gesicherte Pension. Deshalb ruft sie alle Werkstätigen zur Einheitfront gegen die Millionäre und ihre kapitalistische Profitpolitik.

Lohnstarife aufgehoben!

Für die Arbeiter- und Angestelltenklasse wird die „Aufhebung der Lohnstarife“ gefordert. Das ist eine Maßnahme, die alle Tarifrechte beseitigt. Die alte Forderung aller Schatzmacher auf Abschluß von Einzelverträgen mit jedem Arbeiter und Angestellten soll wieder Wirklichkeit werden. Erst vor kurzem triumphierte die Berliner Pressezeitung, daß ein Arbeitsgericht eine Gewerkschaft abgewiesen habe, da sie „nicht von der Befähigung zu Verhandlungen legitimiert sei, weil jeder Arbeitnehmer selbst mit der Direktion die Lohnverhältnisse geregelt“ habe. So soll die organisierte Kraft der Arbeiter und Angestellten gedrohen werden, um jedem einzelnen den Hungerlohn einzufach zu diktiert. Man ist auch verständlich, weswegen die das kapitalistische Regime verteidigenden reaktionären und reformistischen Gewerkschaftsführer sich immer stärker auf ihre Befähigung als Berufsständler verlassen, weil sie dadurch allein ihren schicksaligen Bonussapparat vor den Massen „retten“ zu können glauben und im übrigen ihre ursprüngliche Aufgabe, Organisation des Klassenkampfes, selbst dem Schein nach voll aufgeben wollen. Der schicksalige Herrschaftspunkt, der schicksalige „oberste Führer“ soll das Grundgesetz sein, und die Lohn- und Gehaltsempfänger willenlose Sklaven, denen die barbarischsten Lohn- und Gehaltsbedingungen kurzzerhand diktiert werden.

Erhöhung der Umsatz- und Krisensteuer!

Während die Einkommen der Proletarier ungeheuerlich gesenkt, die Kapitalisten dadurch Krisenprofite erhalten, sollen weitere Massensteuern, so die Erhöhung der Umsatz- und Krisensteuer, die Volksmassen weiter belasten. Und als „Trost“ wird

„Forderung der tarifmäßigen Preisbindungen“ angekündigt. Niemand glaubt an solche Versprechungen, zumal die Lebenshaltungskosten, wie selbst amtlich mitgeteilt wird, ständig steigen. Im Fall sind besonders die Preise für Butter, Kartoffeln, Eier und Zucker gestiegen.

Das Volk in den Fesseln des Finanzkapitals

Im mehr von „Rettung Deutschlands“, „Nationaler Selbsthilfe“ geschrieben und geredet wird, um so mehr durch die Maßnahmen der herrschenden Klasse das Volk in seinen Existenzbedingungen auf das Niveau der Kolonialsklaven herabgedrückt. Aber, so verkündet die bürgerliche Presse, das ist notwendig, um das „Vertrauen des Auslandes“, d. h. des internationalen Finanzkapitals zu erkaufen. Vom Fortschritt bis zum rückwärtigen Beschreiber sind alle Soldatenschreiber der Großkapitalisten darum besorgt, daß die Weisungen „Vertrauen zu Deutschland“ hat, nämlich aufgefördert wird, durch Kapitalanlagen mit teilzunehmen an der Ausplünderung der Volksmassen.

Der einzige Ausweg

Aus diesem kapitalistischen Hexenrudel gibt es nur einen Ausweg. Das ist die Bewirtlichung des vom JA der KPD bereits 1920 verabschiedeten Programms zur nationalen und sozialistischen Rettung Deutschlands. Wären die kapitalistischen Soldatenschreiber hören und ihre Lippen gegen den Bolschewismus ausstrecken. Ihre eigene Praxis zeigt, wo die wahren Volksverderber zu finden sind. Wir Kommunisten organisieren den Kampf zur Rettung des Volkes aus der schicksaligen Barbarei des verfaulenden Kapitalismus. Trotz alledem!

Das ist der Wortführer des Planes!



Mulert, der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, der in einem unerhörten Abbauprogramm in allen Gemeindeverwaltungen sich mit „verdient“ machen will um die Rettung der großkapitalistischen Blutsauger am Volk. Er hat natürlich selbst das größte Interesse an einem System, wo diese Herrschenden Riesengehälter einstecken, obgleich Millionen vor Hunger umkommen.

SPD-für Mulerts „Selbsthilfe“

Dresdner Volkszeitung bejaht Sozial- und Gehaltsabbau

Die Dresdner Volkszeitung veröffentlicht in der gestrigen Nummer das schicksalige Mulertprogramm unter dem Titel: „Städte in Not“. In der Einleitung lobpreisend sich das SPD-Blatt vollkommen mit den Maßnahmen indem es kein Wort der Kritik zu den einzelnen Vorschlägen fallen läßt. Diese Tatsache kennzeichnet die Rolle die das ehemals „linke“ sozialdemokratische Organ heute spielt. Die Volkszeitung übertrifft in ihrer Haltung damit sogar die kapitalistische Presse einschließlich des Vorwärts.

Das ungeheuerliche Abbauprogramm, das vom dem gefügigen Vorstand des Deutschen Städtetages der Brüning-Regierung selbst vorgeschlagen wurde, muß neues namenloses Elend über die ausgebeuteten Arbeitlosen, über alle Unterdrückungs-

Proletarierantwort auf Heke gegen KPD

KPD-Ortsgruppe durch Reichsbanner und SPD-Arbeiter gegründet
Nach 30jähriger Mitgliedschaft Bruch mit der SPD

Die wüste Heke der SPD-Presse hat in weitesten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft den schärfsten Protest hervorgerufen. Mit Abscheu wenden sich ehrliche sozialdemokratische Proletarier von dem Gebaren ihrer Führer ab, die jetzt ganz offen als Polizeibeamtanten und Verleumder auftreten. So wurde in Tschernau (Niederhessen) in einer Versammlung eine neue Ortsgruppe der KPD gegründet, deren Leitung der bisherige Vorsitzende des Reichsbanners übernahm. Ihm folgten zahlreiche anmelde SPD-Arbeiter. — In Belber (Rheinland) ist der SPD-Funktionär Dettling, der 30 Jahre lang der SPD angehörte und Stadtverordneter war, aus der Welspartei ausgestiegen und hat gleichzeitig sein Mandat niedergelegt. Er begründet seinen Austritt damit, daß es für einen Sozialisten unmöglich sei, im Rahmen der SPD sozialistische Politik zu betreiben. Die ganze sozialdemokratische Ortsgruppe in Belber befindet sich in offener Rebellion gegen die Parteileitung, und es ist zu erwarten, daß zahlreiche SPD-Arbeiter nicht nur die SPD verlassen, sondern sich der KPD offen anschließen werden.

Nach in der Tschernau-Funktionär Dettling, der 30 Jahre lang der SPD angehörte und Stadtverordneter war, aus der Welspartei ausgestiegen und hat gleichzeitig sein Mandat niedergelegt. Er begründet seinen Austritt damit, daß es für einen Sozialisten unmöglich sei, im Rahmen der SPD sozialistische Politik zu betreiben. Die ganze sozialdemokratische Ortsgruppe in Belber befindet sich in offener Rebellion gegen die Parteileitung, und es ist zu erwarten, daß zahlreiche SPD-Arbeiter nicht nur die SPD verlassen, sondern sich der KPD offen anschließen werden.

Note Jugendveranstaltung in Freiberg verboten

Das Volkstheater der Stadt Freiberg hat eine für den 22. August geplante Werbeveranstaltung der Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes verboten. Die Begründung des Theaters liegt in dem Vorwurf, weil nach den Umständen zu befürchten ist, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet wird.